



Aarau, 15. Januar 2007
GV 2006 - 2009 /122

Bericht und Antrag an den Einwohnerrat

Zentrum für Demokratie der Stadt Aarau und der Universität Zürich in Aarau; Beitrag der Stadt

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat hiermit Bericht und Antrag zur Errichtung eines "Zentrums für Demokratie der Stadt Aarau und der Universität Zürich in Aarau" (Zentrum für Demokratie Aarau [ZDA]). Aarau als Hauptstadt des Kantons Aargau steht es gut an, nicht nur Arbeitsstadt und Wohnstadt zu sein, sondern national als innovative Bildungsstadt und als Denkplatz von hoher Qualität in Erscheinung zu treten. Da verschiedene Ausbildungsstätten im Hochschulbereich Aarau in den nächsten Jahren verlassen werden, ist es ein grosses städtisches Anliegen, in Eigeninitiative diese Lücken zu schliessen. Der vorgeschlagene Weg ist einzigartig und weitgehend neu für eine Bildungspolitik auf kommunaler Ebene, und er hat darum das Potential, nicht nur wegweisend für die Stadt Aarau zu werden, sondern als Vorbild für andere Kommunen zu dienen. Damit wird Aarau eine Vorreiterrolle einnehmen, die weite Ausstrahlung und Aufmerksamkeit in Öffentlichkeit und Bildungswelt generieren.

1. Ausgangslage

1976 lehnte der Aargauer Grosse Rat durch Rückweisung an den Regierungsrat die in Aarau geplante Hochschule für Bildungswissenschaften ab. 2001 entschied der Aargauer Grosse Rat, dass alle kantonalen Fachhochschul-Departemente, auch die bisher in Aarau stationierten, nach Brugg-Windisch verlegt werden.

Als Reaktion darauf bewilligte der Aarauer Einwohnerrat 2002 mit 32:14 Stimmen einen Investitionskredit von Fr. 100'000.00, um im Jubiläumsjahr 2003 ein Symposium sowie eine Ausstellung durchzuführen, die den Universitäts- und Hochschulstandort Aarau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft thematisierten. Die "Uni Aarau" fand vom 19. bis 21. Juni 2003 im Kultur- und Kongresshaus sowie im Forum Schlossplatz statt und fand ein ausserordentlich gutes Echo. Kantonale und ausserkantonale Medien berichteten mit grossem Interesse darüber.

Der Bericht "Aarau Morgen", ein vom Einwohnerrat 2002 bewilligtes Jubiläumsprojekt der Stadt, wurde im Frühling 2004 publiziert und forderte, dass die Stadt und der "Kulturkanton" Aargau eine eigene Universität gründen sollten, um wichtige Lücken im schweizerischen Bildungssystem zu schliessen. Der Bericht forderte eine Machbarkeitsstudie, die klären sollte, in

welchen Wissensgebieten diese Lücken bestehen. Im Begleitschreiben zur Publikation des Berichts teilte der Stadtrat am 26. Mai 2004 mit, "dass er den Vorschlag, eine Universität in Aarau zu gründen, als äusserst verlockend und verfolgenswert erachte".

Am 25. Oktober 2004 bewilligte der Einwohnerrat mit 41:7 Stimmen einen Investitionskredit von Fr. 120'000.00 für die Vorbereitung und Durchführung eines Aaraueser Vorlaufes zum Festival "Science et Cité". In diesem Vorlauf sollten mögliche Uni-Institute für Aarau näher unter die Lupe genommen werden, dies bezüglich Notwendigkeit, Machbarkeit, Wünschbarkeit und Finanzierbarkeit. Zu diesem Zweck sollte eine Vorbereitungsgruppe vom Stadtrat gewählt werden.

In der Botschaft zum Investitionskredit sind Bildung, Kultur, Energie, Gesundheit, Urbanistik/Raumordnung und die Wechselbeziehung Schweiz/Welt als abzuklärende Themengebiete genannt worden. Es sind diejenigen Bereiche, die der Bericht "Aarau Morgen" für eine Machbarkeitsstudie vorgeschlagen hatte. In der Botschaft sind die Gründe dargelegt worden, weshalb aus verschiedenen hochschulpolitischen Gründen ein universitäres Institut und nicht ein Institut auf Fachhochschulstufe angestrebt wird.

2. Arbeitsgruppe "Uni-Institut Aarau"

Am 1. November 2004 wurden vom Stadtrat folgende Personen in die "Arbeitsgruppe Uni-Institut Aarau" gewählt:

- § Dr. Marcel Guignard, Stadtmann
- § Carlo Mettauer, Stadtrat
- § Nik Brändli, lic. iur., Rechtsanwalt
- § Silvia Kübler, Direktorin Weiterbildungszentrum für Gesundheitsberufe
- § Dr. Mark Eberhard, sc. nat. dipl. Geologe ETHZ
- § Stephan Müller, Szenischer Gestalter NDS FH
- § Heinz Schöttli, Leiter Stabstelle Stadtentwicklung im Stadtbauamt
- § André Liniger, Bausekretär, Protokoll

Dr. Alexander Hofmann, Leiter Stab Hochschulen, wurde als Vertreter des kantonalen Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS) von Beginn an ebenfalls zu den Sitzungen eingeladen. In einer späteren Phase wurde als juristischer Berater auch noch Dr. Urs Hofmann, Rechtsanwalt, Notar und Nationalrat, beigezogen.

3. Kurzbericht der Arbeitsgruppe "Uni-Institut Aarau"

Die Arbeitsgruppe traf sich erstmals am 9. November 2004 und beschloss, nach einer ersten Kurzabklärung in den 6 vorgeschlagenen und allfällig weiteren Themengebieten höchstens 3 Bereiche vertieft abzuklären. Weiter sollte untersucht werden, welche Hochschulanstrengungen in den 6 Bereichen in Aarau (im Aargau) bisher unternommen worden waren, und aus welchen Gründen sie scheiterten bzw. gelangen. Es wurde auch beschlossen, dass die Organisation eines "Gründungskongresses" bzw. Vorlaufes zu "Science et Cité" zu verschieben sei, bis konkrete Resultate der eigenen Untersuchungen sichtbar wären.

Am 26. Januar 2005 wurden die zu diskutierenden Bereiche vorgestellt und beraten. Dabei wurde der offene Bereich der Wechselbeziehungen "Schweiz/Welt" auf den Bereich "Demokratiefragen" spezifiziert und in dieser Form zur weiteren Abklärung gegeben. Die Abklärungen zur Struktur ergaben, dass aus finanziellen wie auch aus Gründen der Akkreditierung (qualitative Anerkennung) und der hochschulrechtlichen Anerkennung gemäss Hochschulförderungsgesetz nicht ein eigenständiges Institut, sondern eher ein mit einer Mutteruniversität verbundenes Institut für Aarau möglich ist. Eine konkrete Beurteilung durch das BKS ergab, dass für eine eigenständige Institution mit jährlichen Ausgaben von 15 bis 20 Mio. Franken zu rechnen ist. Im Gegensatz dazu ist ein Institut in Verbindung mit einer bestehenden Universität für rund 1 Mio. Franken machbar, wobei die Stadt mit jährlichen Kosten von 0.5 bis 1 Mio. Franken zu rechnen hat. Eine Akkreditierung ist mittels einer Zusammenarbeit mit einer schon bestehenden Universität automatisch gegeben, während bei einem selbständigen Institut diese zu beantragen wäre. Auch die Anerkennung gemäss Hochschulförderungsgesetz des Bundes ist bei einem eigenständigen Institut offen und nicht garantiert. Aus diesen verschiedenen Gründen erachtete die Arbeitsgruppe daraufhin ein völlig eigenständiges Institut oder eine Teiluniversität als momentan unrealistisch für die Stadt Aarau.

Am 16. März 2005 ergaben erste Abklärungen, dass sich universitäre Institute in den Bereichen Energie und Kultur im Moment als nicht erfolgreich realisierbar erweisen. Aus diesem Grund wurden diese Bereiche zurückgestellt. Die Evaluation der Bereiche Bildung, Urbanismus/Raumordnung, Gesundheit und Demokratie wurde hingegen intensiviert mit der Einladung und Befragung von Experten. Die Strukturfrage der Anbindung an eine Universität wurde am Beispiel der Zusammenarbeit Universität Konstanz/Kanton Thurgau ebenfalls mit einem ausgewiesenen Experten erörtert.

In Kenntnis der intensivierten Abklärungen wurde von der Arbeitsgruppe am 22. Juni 2005 eine Auswertung bezüglich "Chancen und Risiken" der vier verbliebenen Bereiche vorgenommen. Die Auswertung ergab den gemeinsamen Spitzenrang für die Bereiche Gesundheit und Demokratie, gefolgt vom Bereich Urbanismus/Raumordnung und vom Bereich Bildung. Aufgrund dieses Ergebnisses wurde der Bereich Bildung nicht mehr weiterverfolgt, hingegen wurden die 3 nun verbliebenen Bereiche nach einem Kriterienkatalog als Projektentwürfe konkretisiert.

Am 17. August 2005 kam die Arbeitsgruppe aufgrund der erarbeiteten und detailliert vorgestellten Projekte zum Schluss, dem Stadtrat zu empfehlen, prioritär das Projekt im Bereich "Demokratie" weiterzuverfolgen und dazu erste konkrete Gespräche mit der vorgesehenen Partneruniversität Zürich aufzunehmen.

Am 15. September 2005 nahm die Arbeitsgruppe Kenntnis von der Beurteilung der 3 Projekte durch das BKS. Die Beurteilung zeigte, dass das BKS ebenfalls und mit grossem Vorsprung das Projekt im Bereich "Demokratie" gegenüber den Projekten in den Bereichen "Gesundheit" und "Urbanismus/Raumordnung" favorisiert. Dies auch auf Grund des höchsten Konkretisierungsgrades. Das BKS bot zudem sämtliche ideelle Unterstützung für das Vorhaben im Bereich "Demokratie" an. Positiv Kenntnis genommen werden konnte von den ersten Gesprächen des Stadtammanns mit dem Rektor der Universität Zürich.

Eine Zusammenfassung der Abklärungen in den 6 untersuchten Bereichen befindet sich im Anhang zu dieser Botschaft.

4. Verhandlungen mit der Universität Zürich

Am 17.10.2005 beschloss der Stadtrat auf Grund der Ergebnisse der Arbeitsgruppe, das Projekt "Institut für Demokratie" in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich hinsichtlich Trägerschaft weiter zu konkretisieren und weitere Aktivitäten in Bezug auf Institute in den Bereichen "Urbanismus/Raumordnung" und "Gesundheit" vorläufig zu sistieren. Er wählte für die Projektkonkretisierung eine Verhandlungsdelegation, welche die weiteren Schritte (genaue Projektinhalte, Zeitplan und Finanzierung) in Gesprächen mit der Universität Zürich klären sollte.

Die städtische Delegation handelte darauf in mehrmonatigen Gesprächen mit der Universitätsleitung, in jeweiliger Rücksprache mit der Arbeitsgruppe "Uni-Institut Aarau", Inhalt, Form, Struktur und Finanzierung der vorgesehenen Zusammenarbeit aus. Ein wichtiges Ziel dabei war es, den Einfluss der Stadt so weit wie möglich zu wahren. Die dabei gemeinsam erarbeitete Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zwischen der Stadt und der Universität ist zusammen mit dem Konzeptvorschlag in der Aktenaufgabe einsehbar. Diese Vereinbarung bildet die Grundlage für den noch zu erarbeitenden Vertrag zwischen der Stadt Aarau und der UNI ZH. Im Rahmen dieser Verhandlungen müssen kleinere organisatorische oder rechtlich erforderliche Anpassungen möglich sein.

5. ZDA - Das Zentrum für Demokratie Aarau

5.1 Ausgangslage

Der Stadtrat strebt an, Aarau zum Sitz einer universitären Einrichtung zu machen. Er will damit einen wesentlichen Schritt zur Stadtentwicklung leisten und einen Beitrag für die Weiterentwicklung der Schweizer Hochschullandschaft erbringen. Der Stadtrat hat sich daher in Anknüpfung an die historischen Wurzeln der Stadt Aarau entschlossen, ein Zentrum für Demokratie zu gründen. Das Zentrum soll zu einer schweizerischen Drehscheibe werden und zum Nachdenken über die Grundwerte der Demokratie anregen und wichtige Impulse für ihre Weiterentwicklung geben. Die Universität Zürich ist mit ihrem Institut für Politikwissenschaft Leading House des Nationalen Forschungsschwerpunkts "Challenges to Democracy in the 21th Century" des Schweizerischen Nationalfonds. Die Universität ist an einer Ergänzung und Verstärkung ihrer Kompetenzen im Bereich der Demokratieforschung interessiert. Aufgrund dieser Ausgangslage beabsichtigt der Stadtrat, dass die Stadt Aarau und die Universität Zürich das Zentrum für Demokratie Aarau gemeinsam aufbauen und führen sollen.

5.2 Ziel

Es ist ein Zentrum für Demokratie in Aarau zu schaffen; dieses soll

- § einen substanziellen Beitrag zur Demokratieforschung leisten;
- § für den Transfer von Forschungsergebnissen zu Demokratiefragen in die universitäre Aus- und Weiterbildung sowie in die Öffentlichkeit sorgen;
- § einen Beitrag zur politischen Bildung in der Schweiz leisten;
- § Behörden und interessierte Kreise in Demokratiefragen beraten;

- § zur Ausstrahlung der Stadt Aarau in der Bildungslandschaft und in der Öffentlichkeit beitragen;
- § eng mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich zusammenarbeiten.

5.3 *Inhaltliche Schwerpunkte*

a. **Themen**

Das geplante Institut soll sich folgenden Schwerpunktthemen widmen:

- § **Demokratieforschung:** Das Zentrum betreibt Demokratieforschung. Ausgangspunkt ist das Umsetzungsmodul des "NCCR Democracy", bei dem die Universität Zürich federführend ist. Das Modul umfasst die Entwicklung eines Demokratie-Barometers sowie die Erforschung der elektronischen Demokratie und der deliberativen Demokratie.
- § **Politische Bildung:** Das Zentrum setzt sich mit Fragen der politischen Bildung auseinander. Das Thema politische Bildung lässt sich gut mit einem verstärkten Auftritt in der Öffentlichkeit verbinden (z.B. mit Publikationen, Veranstaltungen). Damit liesse sich auch an die Tradition der Lehrerbildung in Aarau anknüpfen.
- § **Beiträge zum staatspolitischen Diskurs:** Das geplante Institut stützt sich auf politikwissenschaftliche Grundlagenforschung und leistet mit der Umsetzung und Popularisierung einen Beitrag zum staatspolitischen Diskurs.

b. **Verortung im Tätigkeitsgebiet des Instituts für Politikwissenschaft**

Die Direktorin beziehungsweise der Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau ist gleichzeitig Professorin beziehungsweise Professor am Institut für Politikwissenschaft. Gleichzeitig wird auch erwartet, dass sie/er sich am NCCR "Challenges to Democracy in the 21st Century" beteiligt, wo sie/er sich insbesondere im Bereich des Umsetzungsmoduls engagieren sollte.

5.4 *Tätigkeitsbereiche*

a. **Forschung**

Schwerpunkt der Forschung ist zu Beginn das Umsetzungsmodul des "NCCR Democracy". Generell behandelt das Zentrum vergleichende Demokratieforschung. Für die Zeit nach Beendigung des NCCR Democracy akquiriert das Zentrum Drittmittel.

b. **Lehre**

Die Direktion des Zentrums beteiligt sich im Rahmen der Lehrverpflichtungen von Lehrstuhlinhaber/innen der Universität Zürich an der Lehre im Fach Politikwissenschaft. Zu den Aufgaben in der Lehre gehören die Beteiligung an Vorlesungen und Seminaren im Rahmen der Bachelor-, Master- und Doktoratsstudiengänge der Universität Zürich.

Für Aktivitäten in den Bereichen Weiterbildung, Forschung und Dienstleistungen des Zentrums sollten 2/3 der Arbeitszeit frei bleiben.

c. Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit

Das geplante Zentrum soll in der Öffentlichkeit eine Ausstrahlung haben. Um das zu erreichen, kommen folgende Massnahmen in Frage:

- a) Das Zentrum engagiert sich in der universitären Weiterbildung (angestrebt wird ein Zertifikatslehrgang oder Nachdiplomstudium in Demokratie).
- b) Das Zentrum organisiert allgemein bildende Veranstaltungen für interessierte Kreise in den Räumlichkeiten des Instituts in Aarau (z.B. in Form von "Kaminfeuergesprächen").
- c) Das Zentrum bietet in Aarau spezifische Weiterbildungsveranstaltungen zum Thema Demokratie für ausgewählte Zielgruppen an (z.B. für Politiker/-innen, Verwaltungsfachleute oder Leitungspersonen aus Non-Profit-Organisationen).
- d) Das Zentrum publiziert politikwissenschaftliche und staatspolitische Diskussionsbeiträge in allgemein verständlicher Form (z.B. Artikel, Buchreihe, Weblog).
- e) Das Zentrum beteiligt sich am wissenschaftlichen und staatspolitischen Diskurs in seinen Schwerpunktthemen.
- f) Das Zentrum beteiligt sich in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule der Nordwestschweiz am Aufbau eines deutschschweizerischen Schwerpunkts "Fachdidaktik politische Bildung".

5.5 Rechtsform/Organisation

Durch eine Vereinbarung zwischen der Stadt Aarau und der Universität Zürich wird das Zentrum in Form einer einfachen Gesellschaft gegründet. Die Kompetenzen verteilen sich wie folgt:

a. Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung sind die Stadt Aarau mit vier Personen (eine davon als Präsidentin respektive Präsident) und die Universität mit zwei Personen vertreten. Entscheide sind einmütig zu fällen. Seitens der Universität ist die Delegation der Prorektorin oder des Prorektors Lehre sowie einer Person der philosophischen Fakultät vorgesehen.

b. Wissenschaftlicher Beirat des ZDA

Er unterstützt das Zentrum bei der Forschung (Auswahl von Forschungsthemen und Projekten) und nimmt Stellung zur Entwicklung neuer Dienstleistungen des Zentrums.

c. Direktion des ZDA

Sie ist für die Durchführung der Projekte und das Angebot von Dienstleistungen verantwortlich.

d. Bezug des ZDA zur Universität Zürich

- a) Die Direktorin/der Direktor ist Professorin/Professor an der philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- b) Er/sie bietet Lehre im Fach Politikwissenschaft an. Dazu stehen ihm/ihr Assistierende der Universität Zürich zur Verfügung, deren Pflichtenheft auch einen Anteil Lehraufgaben umfassen wird.
- c) Er/sie ist Mitglied der Institutsversammlung des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

- d) Das Zentrum kann unter dem "corporate design" der Universität Zürich auftreten (unter Vorbehalt des Entscheids des Universitätsrats).

5.6 Ressourcen

Geschätzter Ressourcenbedarf (Finanzplan)

Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2010 (Beträge in Franken)

Rubrik	Satz	2007	2008	2009	2010
Direktion 100 %	250'000	125'000	250'000	250'000	250'000
Wiss. MA Dienstleistungen 100 %	140'000	70'000	140'000	140'000	140'000
Verwaltungsstelle Zentrum 100 %	100'000	50'000	100'000	100'000	100'000
Assistenzen 100 %	100'000	50'000	100'000	100'000	100'000
Personalkosten total		295'000	590'000	590'000	590'000
Einrichtungskredit Sachmittel ¹	100'000	100'000			
Sachmittel laufender Betrieb ²	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000
Raumkosten (220 m ²) ³ provisor.	425/m ²	95'000	95'000	95'000	95'000
Sachkosten fest total		295'000	195'000	195'000	195'000
E-Voting-Projekt	(feste Summe)	70'100	70'500	70'500	Fortsetzung NCCR oder neue Projekte
Projekt Demokratiebarometer		120'000	123'000	130'700	
Projekt Politische Bildung		48'800	71'700	53'300	
Projektkosten⁴ total		238'900	265'200	254'500	254'500⁵
Budget insgesamt		828'900	1'050'200	1'039'500	1'035'000

¹ Die Einrichtung wird hier als Kosten gerechnet und nicht als Investition, da über die Laufzeit des Zentrums keine Rückerstattung erfolgen wird. Zum Einrichtungskredit gehört nebst der Anschaffung von Geräten auch der Aufbau einer Bibliothek.

² Die vorliegende Kalkulation geht von Arbeitsplatzkosten von rund CHF 5'000 pro Jahr aus (für Telecom und Infrastruktur ohne Miete); zusätzlich sind Mittel für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

³ Provisorische Zahlen: Die Kalkulation geht von 12 Arbeitsplätzen und einem Raumbedarf von 14 m² pro Arbeitsplatz aus. Die Raumkosten betragen schätzungsweise 420 bis 430 Franken pro Jahr und m² (Miete und Nebenkosten). Für zwei Seminarräume sind zirka je 25 m² erforderlich. Das ergibt einen Raumbedarf von 168 m² Büros und 50 m² Räume, insgesamt rund 220 m². Daneben wäre es sinnvoll, einen grossen Seminarraum von 60 m² zeitweise belegen zu können (für grössere Weiterbildungsveranstaltungen).

⁴ Es handelt sich mehrheitlich um Personalkosten, d. h. für Forschungsassistentinnen und -assistenten, die hier nur pro Memoria aufgeführt werden. Die Mitarbeitenden der Projekte werden von der Universität Zürich angestellt, bearbeiten aber die Projekte in Aarau, um Synergien herzustellen.

⁵ Die Stadt Aarau und die Universität Zürich sehen vor, dass auch nach einem Auslaufen der NCCR-Projekte Forschungsprojekte in ähnlichem Umfang weiter finanziert werden.

Der Finanzplan bezieht sich auf die Kalkulationssätze der Universität Zürich. Die geschätzten Personalkosten umfassen auch die Sozialleistungen auf Arbeitgeberseite.

Bei der Planung des Personaleinsatzes ist von einem Bestand an Stammpersonal auszugehen, das über unbefristete Anstellungsverträge verfügt, um die Kontinuität sicherzustellen. Dieses Stammpersonal setzt sich zusammen aus der Leitung, einem/einer wissenschaftlichen Mitar-

beiter/-in und einer Sekretariatsstelle. Es ist zudem davon auszugehen, dass sich die Leitung an allen Leistungen beteiligt. Die Stelle eines/einer wissenschaftlichen Mitarbeitenden ist vorwiegend für den Bereich von Dienstleistungen vorgesehen. An der Forschung arbeiten zusätzlich Assistierende, die projektbezogen eingestellt werden.

5.7 Finanzierung

Der Beitrag der Stadt Aarau setzt sich wie folgt zusammen:

Beitrag der Stadt Aarau	2007	2008	2009	2010
Personalkosten fest ¹	245'000	490'000	490'000	490'000
Sachkosten fest total	200'000	100'000	100'000	100'000
Beitrag an Projekte des NCCR	100'000	100'000	100'000	100'000
Zwischentotal ohne Raumkosten	545'000	690'000	690'000	690'000
(Kalkulierte) Raumkosten prov.	95'000	95'000	95'000	95'000
Erwarteter Beitrag Aarau total	640'000	785'000	785'000	785'000

¹ Ohne Assistenzen für Lehre an der Universität Zürich, die von der UZH finanziert werden.

Die Universität Zürich gewährleistet zusätzlich die Grundausrüstung mit Forschungsprojekten aus dem Umsetzungsmodul des "NCCR Democracy". Die Finanzierung des Moduls ist weitgehend sichergestellt; von der Stadt Aarau wird ein Beitrag in der Höhe von 100'000 Franken pro Jahr erwartet (vgl. oben). Damit ist die Auslastung des Instituts über die ersten Jahre sicherstellt.

Beitrag der Universität Zürich	2007	2008	2009	2010¹
E-Voting-Projekt	70'100	70'500	70'500	Fortführung der NCCR-Projekte oder neue Projekte
Projekt Demokratiebarometer	120'000	123'000	130'700	
Projekt Politische Bildung	48'800	71'700	53'300	
./. Beitrag Stadt Aarau	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000
Assistenzen 100 % (für Lehre)	50'000	100'000	100'000	100'000
Verwaltungskosten 3 %	24'000	24'000	24'000	24'000
Wertmässiger Beitrag total	212'900	289'200	278'500	278'500

5.8 Vertragsdauer

Die Stadt Aarau und die Universität Zürich schliessen einen unbefristeten Vertrag zur Gründung und Führung des Zentrums ab. Eine Kündigung soll frühestens nach fünfzehn Jahren oder bei einem Ausscheiden der Direktorin/des Direktors des Zentrums nach folgendem Prozedere möglich sein: Nach fünfzehn Jahren oder wenn die Direktorin/der Direktor ausscheidet, nehmen die Vertragspartner eine Standortbestimmung vor und entscheiden über die Form der Fortführung der Zusammenarbeit. Falls keine Einigung erzielt werden kann, kann jede Partei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 Monaten jeweils am Ende eines Monats kündigen.

5.9 Name

Das geplante Zentrum heisst offiziell "Zentrum für Demokratie der Stadt Aarau und der Universität Zürich in Aarau".

Im Erscheinungsbild des Zentrums werden sowohl die Universität Zürich wie die Stadt Aarau als Trägerinnen sichtbar. Es soll grundsätzlich das "corporate design" der Universität Zürich verwendet werden.

5.10 Standort

Punkte Standort des ZDA sind verschiedene Varianten möglich. Für eine Anfangsphase ist vorgesehen, das ZDA in den Räumlichkeiten der Blumenhalde unterzubringen. Auch ein langfristiger Verbleib des Zentrums in der Blumenhalde ist grundsätzlich denkbar, ergibt sich doch ein spannender Zusammenhang zwischen dem ZDA einerseits und der vom Demokratie-Pionier Johann Heinrich Zschokke einst erbauten Villa "Blumenhalde" andererseits.

Eine Alternative könnte später der Neubau des Bahnhofs darstellen. Der Vorzug dieses Standorts liegt beim optimalen Anschluss an den öffentlichen Verkehr und insbesondere bei der Bahnverbindung zwischen Zürich und Aarau.

6. Erwägungen zum Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

6.1 Grundsätzliches zum Bildungsraum Schweiz

Die Schweiz ist heute als ein einziger Bildungsraum zu begreifen. Von diesem Gedanken ist auch der neue Bildungsrahmenartikel geprägt, der von den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 21. Mai 2006 angenommen wurde. Eine lokale Initiative hat sich heute zwingend in diesen vernetzten Bildungsraum einzubetten, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Bildungsinitiativen, die der heutigen vernetzten Struktur der Hochschullandschaft widersprechen, haben sowohl Schwierigkeiten mit der Akkreditierung (qualitative Anerkennung) durch die Bundesbehörden, wie auch mit der Anerkennung gemäss Hochschulförderungsgesetz des Bundes. Ein solitäres Institut, das völlig unabhängig von anderen Hochschulen funktioniert, kann darum in der heutigen Bildungssituation kein realisierbares Ziel sein. Die heutige Fachhochschullandschaft, die in erster Linie national, in zweiter Linie interkantonal und in dritter Linie kantonal bestimmt wird, bietet wenig Chancen für lokale Initiativen. Auf Grund dessen hat sich die Stadt darauf konzentriert, Möglichkeiten im universitären Sektor zu evaluieren. Eine universitäre Einrichtung bedingt nach europäischem Verständnis zwingend die Kombination von Forschung und Lehre. Forschung und Lehre in einem Bereich ganz neu aufzubauen und zu betreiben, würde den kapazitätsmässigen Rahmen sprengen, den sich Aarau leisten kann.

6.2 Das ZDA als universitäre Einrichtung

Das ZDA hat als Rückgrat eine starke Mutteruniversität, die Universität Zürich. Das ZDA ist dadurch sowohl national wie international vernetzt mit den politikwissenschaftlichen Abteilungen verschiedener Universitäten. Dank der Auslagerung der Querschnittsbereiche des Nationalen Forschungsschwerpunktes "Demokratie im 21. Jahrhundert" ist es möglich, dass von

Beginn an qualitativ hochstehende Forschung am ZDA realisiert werden kann, was um so wichtiger ist, als wichtige Forschungsergebnisse die Basis jeglichen Renommées von universitären Einrichtungen sind. Gleichzeitig können die Forschungsergebnisse umfassend und direkt in die Lehre einfließen, was ein hohes Niveau der Lehre erst ermöglicht. Da vorgesehen ist, dass das ZDA auch Dienstleistungen erbringt, können auch die Bevölkerung und die Region von den Forschungsergebnissen des ZDA direkt profitieren. Eine starke Öffentlichkeitsarbeit soll dem ZDA eine nationale, ja internationale Ausstrahlung geben, so dass Aarau als Zentrum der Demokratieforschung ein Begriff wird.

6.3 Der Bezug von ZDA zu Aarau

Als Hauptstadt zu Beginn der republikanisch-demokratischen Schweiz 1798 hat die Stadt Aarau eine Tradition, die durch das ZDA auf ideale Weise betont und erneuert wird. Gleichzeitig wird diese Tradition durch das ZDA auf die Gegenwart und die Zukunft erweitert, sodass Aarau nicht nur als Ort der Vergangenheit der Demokratie erscheint, sondern neue Bedeutung als Ort der Gegenwart und Zukunft der Demokratie erlangt. Gute Öffentlichkeitsarbeit und Dienstleistungen vorausgesetzt, wird das ZDA ein essenzieller Bestandteil des Standortmarketings der Stadt werden. Das vorgesehene Nachdiplomstudium für Demokratie kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, indem der Ruf von Aarau durch von nah und fern kommende bzw. dorthin zurückkehrende Studierende neu begründet wird als Ort interessanter und fundierter intellektueller Auseinandersetzung über Demokratie.

6.4 Zur Finanzierung des ZDA

Es ist vorgesehen, die Beiträge an das ZDA der Laufenden Rechnung zu belasten. Obwohl auch eine Spezialfinanzierung über den Fonds für Generationenprojekte denkbar wäre, ist aus Gründen der Transparenz und Einfachheit die Finanzierung über die Laufende Rechnung vorzuziehen. Aus dem Spezialfond von rund Fr. 70 Mio. wird langfristig gesehen pro Jahr mit einem Zinsertrag von Fr. 2.8 Mio. gerechnet. Die erwarteten Beiträge der Stadt in der Grössenordnung von Fr. 785'000.00 pro Jahr entsprechen rund einem Viertel dieses Ertrages. Da die Stadt Aarau und die Universität Zürich beabsichtigen, die Gründung und Führung des Zentrums vertraglich abzusichern, sind die Kosten für die Stadt Aarau als feste Kosten zu betrachten.

6.5 Das ZDA und mögliche Ausbauschritte

Das ZDA hat sich im Vergleich zu den anderen Projekten und eruierten Bereichen als das mit Abstand am erfolgsträchtigen und am schnellsten realisierbare Institut erwiesen. Damit soll aber nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Projekte in anderen Bereichen nicht auch realisierbar wären. Im Sinne eines ersten wichtigen Schrittes soll nun aber vorerst das ZDA aufgebaut werden. Bei einem Erfolg wäre anschliessend konkret zu prüfen, ob weitere universitäre Schritte in anderen Bereichen mit allenfalls welchen Partnern möglich und sinnvoll erscheinen.

Gemäss neuesten internen Informationen prüft die Universität Zürich zurzeit bereits eine mögliche Ergänzung des ZDA mit einer bestehenden universitären Einrichtung, was eine wertvolle Aufwertung des ZDA bedeuten würde.

6.6. Bezug zur kantonalen Hochschulpolitik

Das ZDA besitzt von seinem Thema her eine hohe gesellschaftliche Relevanz und von seiner zu erwartenden Öffentlichkeitswirkung her eine wichtige Imagewirkung nicht nur für die Stadt Aarau, sondern auch für den Kanton. Das ZDA passt daher ausgezeichnet in die vom Regierungsrat in seinem Vernehmlassungsbericht zum neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz formulierte Strategie, Hochschulpolitik in Dienste der Standortförderung zu stellen. Entsprechend hat der Kanton Aargau die Gründungsvorbereitungen ideell, durch fachliche Beratungsleistungen zugunsten der Projektgruppe und durch seine interkantonalen Kontakte unterstützt. Eine weitergehende finanzielle Unterstützung durch den Kanton stand bisher nicht zur Diskussion und wäre auch auf der heutigen rechtlichen Basis nicht möglich. Die Frage einer kantonalen Beteiligung könnte sich allenfalls dann stellen, wenn sich eine Erweiterung des ZDA ergeben sollte und mit dem geplanten neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz eine gesetzliche Grundlage besteht.

7. Zeitplan

- Beschluss Einwohnerrat März 2007
- Volksabstimmung 17. Juni 2007
- Prov. Aufnahme der ZDA-Tätigkeit in Aarau in der 2. Jahreshälfte 2007
- Definitiver Start mit Arbeitsantritt des Zentrumsleiters (Professor UZH)

8. Schlussbemerkung

Demokratieforschung ist keine schöngestige Fingerübung. Sie hat für die gesamte Bevölkerung handfeste Konsequenzen. Eine gut funktionierende Demokratie, d.h. mitbestimmen zu können, wirkt sich positiv aus auf die Grundstimmung in einer Gesellschaft. Auch der wirtschaftliche Erfolg einer Gesellschaft hängt massgeblich vom Stand der Demokratisierung ab. Der ständige Wettbewerb der Ideen ist ein Garant für Innovation und Vitalität.

Demokratien sind, weil sie sowohl den Einzelnen wie auch der Gesellschaft offensichtliche Vorteile bringen, Erfolgsmodelle. In den letzten 20 Jahren haben sich weitere 30 der insgesamt 191 UNO-Mitgliedstaaten zu Demokratien gewandelt. Auch in bestehenden parlamentarischen Demokratien ist die Mitbestimmung der Bevölkerung in Sachfragen auf dem Vormarsch; die Zahl der Referenden hat in westeuropäischen Demokratien signifikant zugenommen.

Die Demokratie ist aber keine Errungenschaft, die man ein für allemal erworben hat. Wie alles ist sie dem beständigen Wandel ausgesetzt. Die Meinungsbildung findet längst nicht mehr nur auf dem Marktplatz, am Stammtisch oder in Parteizeitungen statt. Konzentrierte Medienmacht einerseits und für alle offener Internetzugang sind heute Bestandteil der demokratischen Meinungsbildung.

Auch die Stimmabgabe ist dem Wandel unterworfen. Die Briefwahl hat den persönlichen Gang zur Urne weitgehend abgelöst. Die Stimmabgabe per E-Mail und SMS wird zurzeit erprobt.

Die Schweiz als eine der ältesten direkt-demokratischen Staaten ist prädestiniert, dazu beizutragen, dass die Demokratie im steten Wandel der Zeit lebendig bleibt.

Aarau als Wirkungsstätte von Johann Heinrich Zschokke sowie als Hauptstadt eines Kantons, welcher in mancherlei Weise Schrittmacherdienste geleistet hat in der Entwicklung der Schweiz zum heutigen Bundesstaat, erweist sich als idealer Standort für ein universitäres Demokratieausbildungs- und -forschungszentrum.

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat wie folgt

Antrag:

Der Einwohnerrat möge für das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von 785'000 Franken bewilligen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES STADTRATES

Der Stadtammann Der Stadtschreiber

Dr. Marcel Guignard Dr. Martin Gossweiler

Anhang:

- Resultat der Abklärungen in den 6 Bereichen (Zusammenfassung)

Verzeichnis der aufliegenden Akten:

- Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA): Konzept (Stand 18.9.2006)
- Memorandum of Understanding